

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

160 (14.7.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Besatzpreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Berlin mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/31 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelle od. deren Raum 25 A., zugl. 80 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 349 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Götz & Cie., Karlsruhe.

Aufhebung der Blockade.

Paris, 11. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, die Blockade von heute, den 12. Juli ab, aufzuheben.

Mit der Aufhebung der Blockade ist nunmehr jene Maßnahme unserer Feinde eingestellt, welche die eigentliche Ursache der Niederlage Deutschlands war. Geschäftliche Goldschreiber des alten Regimes haben zwar nach der Verhängung der Blockade gegen Deutschland Klipp und Kar nachgewiesen, daß dies ein Schlag ins Wasser sei. Es sei eine Kleinigkeit der deutschen Landwirtschaft, das Notwendige zum „Durchhalten“ zu erzeugen und überdies lam ja dann bald der „Profriede“ mit Rußland und mit der Ukraine und der „Selfriede“ mit Rumänien. In Wirklichkeit gekommen ist der Banerottfriede nach allen Wind- und Himmelsrichtungen.

Was hat das deutsche Volk in den bald fünf Blockadejahren alles durchmachen müssen und noch ist nicht abzusehen, was kommen kann. In den andern Ländern herrscht ja ebenfalls Teuerung. Wie oft hörte man die kurzschichtige Redensart: „Wenn wieder Sach“ hereinkommt, dann ist ja „Sach“ kommt jetzt wohl herein, aber zu welchem Preis zunächst? Unser Geld hat seinen Wert und jenseits der deutschen Grenzen wohnen auch Spekulanten und Wucherer, nicht nur innerhalb Deutschlands, die in erster Linie verdienen wollen, so viel wie möglich und wenn tausendmal Blut und Tränen eines ganzen Volkes an den Geldscheinen haften. Das Volk wird daher gut tun, trotz aller durchgemachten Entbehrungen, sich nicht sofort auf die eingeführten Fertigwaren zu stützen. Ist es fünf Jahre lang ohne dies oder jenes gegangen, kann man auch noch einige Zeit zuwarten. Was wir vor allen Dingen benötigen ist Rohmaterial zu erschwinglichen Preisen, damit die Betriebe arbeiten können. Können uns diese nicht sofort geliefert werden, sind wir verloren.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

Paris, 12. Juli. Infolge Aufhebung der Blockade Deutschlands hat die französische Regierung den französischen Staatsbürgern gestattet, unter gewissen Bedingungen die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Waren, deren Ausfuhr aus Frankreich freigegeben ist, können ohne Vollmacht nach Deutschland ausgeführt werden. Für Waren, deren Ausfuhr verboten ist, ist eine Spezialgenehmigung des französischen Ministers notwendig. Deutsche Waren oder solche, die aus Deutschland kommen, können nur mit Spezialgenehmigung nach Frankreich eingeführt werden, die ebenfalls der Finanzminister erteilen muß. Für Zahlungen zwischen Deutschen und Franzosen bleiben allgemein die alten Beschränkungen aufrechterhalten. Es sind ferner alle Operationen unterlagt hinsichtlich feindlicher Güter, die unter Sequester stehen, auch Zahlungen von Coupons aller Werte, die seit dem 1. August 1914 feindlichen Unterthanen gehören oder gehört haben. Der Verkauf und Ankauf von Mark ist nur durch Vermittlung einer zuständigen Bank nach dem Gelehe vom 3. April 1918 gestattet.

Paris, 12. Juli. (Neuer. Amtlich.) Die Handelszensur für Deutschland ist zugleich mit der Blockade aufgehoben worden. Mit den neutralen Ländern sind Verhandlungen im Gang, um die sofortige Einwilligung zur Aufhebung der mit den assoziierten Mächten abgeschlossenen Blockadeabkommen zu erlangen.

Die amerikanischen Sozialisten gegen den Diktator-Frieden.

Verailles, 12. Juli. „Humanities“ veröffentlicht eine vom nationalen Exekutivkomitee der amerikanischen Sozialistischen Partei angenommene Entschließung, in der gegen den Friedensvertrag protestiert wird, der auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons verhandelt worden sei, man aber auf der Grundlage geheimer Verträge abgeschlossen habe. Aus der Friedenskonferenz gingen 5 Großmächte hervor, die die Welt durch den Völkerbund beherrschen wollen.

Trotz der Versprechungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten dem deutschen Volke mehrere Male gegeben habe, daß ihm keine Strafe auferlegt werden solle, wenn es seine militärischen Machtgeber stürze, habe man ihm einen Frieden aufgezwungen, der das deutsche Volk durch mehrere Generationen hindurch in die Hörigkeit bringe. Die unumschließliche Drohung der ehemaligen deutschen Militäraristokratie, England und Frankreich anzugehen, werde jetzt gegen das deutsche Volk gerichtet, wenn es sich weigere, sich zu Sklaven der Alliierten machen zu lassen.

Streikbewegung im Ausland.

Paris, 12. Juli. Der nationale Ausschuss der Grubenarbeiter fordert in Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung die Sektionen zum Generalstreik auf.

Wissabon, 12. Juli. Die streikenden Eisenbahner rissen an verschiedenen Orten die Schienen auf. Zwischen Alzarillos und Villa Ruova de Ancos entgleiste ein Zug.

Kriegsgerichtsurteile in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. Juli. Agance Sabas. Das Kriegsgericht verurteilte Talaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in contumacia zu Tode und Massa Kassium Effendi, den ehemaligen Scheik Uel Islem und den früheren Finanzminister Djavid Bey zu 15 Jahren Zwangsarbeit. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Erhöhung des Brotpreises.

Weimar, 12. Juli. Im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung sagte Reichsminister Schmidt zu, daß Weizen von nun an nur noch bis 80 Proz., Roggen bis 82 Proz. ausgemahlen werden sollen, was eine wesentliche Verbesserung des Mehles und des Brotes bedeutet. Der Entwurf der Verordnung über die Preise der anderen wirtschaftlichen Erzeugnisse wurde mit einigen Änderungen mit 21 gegen eine Stimme mit 5 Stimmenthaltungen angenommen. Der vorgesehene Reichszuschuß von 100 Mfl. die Tonne wird vorerst bis 1. Oktober gewährt werden.

Weimar, 12. Juli. Der gestrige Beschluß des Wirtschaftsausschusses über die Erhöhung des Getreidepreises wird voraussichtlich die Zustimmung des Plenums der Nationalversammlung finden. Entsprechend den erhöhten Getreidepreisen wird auch eine Erhöhung des Brotpreises eintreten müssen. Die Regierung wird aber aus den ihr zur Verfügung stehenden 1.5 Milliarden jebell Mittel flüssig machen, daß der Brotpreis jedenfalls bis 1. Oktober die gegenwärtige Höhe nicht übersteigt.

Für 200 Millionen Lebensmittel an der holländischen Grenze.

Zeitungsnotizen zufolge lagern für 200 Millionen Lebensmittel an der holländischen Grenze, deren Einfuhrgenehmigung man jeden Tag ermarzt. Diese Notz enthält einen nur wenig veredelten Rohwurst gegen diejenige Stellen, welche die Einfuhrgenehmigung zu erteilen haben. Wer aber nicht nur seinem augenblicklichen Instinkt folgt, sondern etwas weiter denkt, muß sich sagen, daß die ganze Notz wenig deutlich klingt. Welcher Art sind die auf Abruf wartenden Lebensmittel? Man weiß, daß drüber für wirklich wertvolle Waren immer noch Ausfuhrbeschränkungen und Erlaubnisse bestehen, jedoch die gewaltige Menge sich kaum aus lediglich uns willkommenen Lebensmitteln zusammensetzen dürfte. An Salz- und Dörrgemüse aus Holland ist aber — wie ein Blick in die Läden zeigt — unter Bedarf einzuweisen noch immer gedeckt. Es ist daher durchaus angebracht, über Art und Preis der zur Ausfuhr bereit liegenden Lebensmittel genauere Erkundigungen einzuziehen, ehe man ihre Einfuhr freigibt. Schließlich gibt es Schieber und Wucherer auch außerhalb unserer Grenzen.

„Unabhängige“ Lebensmittelstieber.

r. Mannheim, 11. Juli. Die sämtlichen vier Mitglieder der vom hiesigen Arbeiterrat ernannten Kommission zur Kontrolle des städt. Lebensmittelamts sind gestern unter dem dringenden Verdacht fortgeleiteter schwerer Schiebereien beschlaghaft und rationierter Waren durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Der Haftbefehl geht von der Staatsanwaltschaft Offenbach aus. Alle vier Verhafteten sind bekannte Mitglieder der hiesigen Organisation der „Unabhängigen“. Das Vorkommnis erregt gelegentlichweise starkes Aufsehen.

Zur Regierungskrise in Sachsen.

Dresden, 11. Juli. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit der unabhängigen Fraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung ist resultatlos verlaufen. Die unabhängigen stellten für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der Ministerposten; Einführung des Räte Systems; Bildung eines Arbeiterrates — also ein gewisses Nebenparlament. Die sozialdemokratische Fraktion glaubt auf diese Bedingungen nicht eingehen zu können. Auch die demokratische Fraktion legt keinen besonderen Wert mehr auf den Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung. So wird die jetzige Mehrheitssozialistische Regierung am Abend bleiben. Im Laufe des Monats August werden jedoch die Besprechungen der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

Hochverratsprozess Wühham.

München, 12. Juli. In dem Hochverratsprozess gegen Wühham und Genossen ist nachmittags vom Landgericht folgendes Urteil gefällt worden: Wühham wurde wegen vollendeten Verbrechens des Hochverrats zur Höchststrafe von 15 Jahren Festung unter Zubilligung mildernder Umstände und Verneinung einer ehelichen Verbindung und Fr. Wadler wegen Beihilfe zu 8 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Angeklagten Müller und Hoffmann wurden dem ordentlichen Gericht überwiesen. Die Angeklagten Soldmann, Sandbinder und Vajson wurden freigesprochen.

Pflichtbewußtsein, ein Weg zur wirtschaftlichen Befreiung.

Karlsruhe, 14. Juli.

Die meisten deutschen Volksgenossen sind des irrigen Glaubens, die deutsche Revolution datiere vom 9. November 1918. Wohl ist an diesem Tage auch dem Indifferentesten mit Nachdruck die Einsicht gebracht worden, daß das alte Verfassungs- und Wirtschaftssystem zusammengebrochen ist. Doch Viele, in der Hauptsache Unternehmer, können sich den werdenden Zeitverhältnissen noch nicht anpassen. Wenn sie sich auch mit dem politischen Systemwechsel scheinbar abgefunden habe, ist es ihnen doch ziemlich gleichgültig, ob dem Staate eine Monarchie oder eine Präsidentschaft vorsteht, die Hauptsache ist, daß der Kapitalismus und die mit ihm eng verbundene profitbringende Unternehmerfähigkeit erhalten bleibt. Wogegen die Unternehmerklasse sich wendet, ist der Abbau des bislang geltenden Ausbeutungsrechtes der Arbeitnehmer. Hier aber hat der Kampf der Arbeiter um ihr Mitbestimmungsrecht nicht erst am 9. November eingesetzt. Diese Revolution ist schon mit der Gründung der ersten deutschen Gewerkschaft geboren. Wenn Millionen Arbeiter sich dessen nicht immer bewußt waren, so lag das einfach daran, daß sie sich der Waffe des Koalitionsrechtes nicht im vollen Umfange bedienten. Die ständige Furcht vor der Maßregelung durch den Unternehmer beeinflusste vor allen Dingen die ungelerten Arbeiter und Beamten dermaßen, daß sie zum völligen Spartakismus ausartete. Erst als diese indifferenten Arbeitermassen in den ersten Tagen der Revolution erkannten, auf wie morlichem Thron die Gewalthaber saßen, schwall auch ihnen der Mut. Sie waren der Auffassung, daß man die kapitalistische Wirtschaftskordnung genau so schnell durch die sozialistische ersetzen könne wie die Monarchie durch die Republik. Der Mangel an gewerkschaftlicher Schulung hat sie nicht erkennen lassen, welche Schwierigkeiten bei dieser Umwälzung zu überwinden sind. In einem Lande im blühenden Wohlstande geordneter Ein- und Ausfuhrverhältnisse für Rohprodukte und Fertigwaren wäre die soziale Revolution ein Leichtes gewesen. Man hätte den Arbeiter zum Betriebsleiter gemacht und ihn nach seinen Leistungen entscholt wie jeden anderen Angestellten und Arbeiter. Ueberhaupt alle Fragen, die uns jetzt aufs tiefste bewegen, hätten viel leichter gelöst werden können, wenn erstens etwas zum Sozialisieren da wäre und zweitens wenn die Millionen Arbeiter, die wir zum Kampfe für die Sozialisierung fortgesetzt angefordert haben, diesem Ruf gefolgt wären. Jetzt noch einem vierzehnjährigen Weltkrieg, wo fast alles in Deutschland für die sofortige Vernichtung produziert wurde, wo Deutschland verarmt ist wie nie zuvor, ist eben nichts zu sozialisieren. Da muß von Grund auf neu aufgebaut werden. Es wäre ein Verbrechen am ganzen Volke, wenn die Arbeiter untereinander sich fortgesetzt bekämpften. Die Ansicht, daß den Unternehmern der Bruderkampf der Arbeiterchaft nicht unlieb ist, ist nicht von der Hand zu weisen. Darum muß endlich die Arbeiterchaft die Streitart veranlassen und sich geschlossen an der Neugestaltung der Dinge beteiligen.

Über nicht nur der Arbeiter muß seine Arbeitskraft der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, auch den Unternehmern wird mit Nachdruck nahegelegt werden, ihr Eigeninteresse dem Allgemeinwohl hintanzusetzen. Das Wort Pflichtbewußtsein ist der Schlüssel zu den Türen einer besseren Zukunft. Die Unternehmer müssen sich endlich damit abfinden, daß die Zeiten, in denen die Ausbeutung der Masse für einzelne Wenige ihr privilegiertes Recht war, ein für allemal der Vergangenheit angehören. Soll das deutsche Volk nicht ganz zum Gelotium herabsinken, so muß die bisherige Wirtschaftsweise von Grund auf geändert werden. Nicht etwa dadurch, daß vorhandene Werke zerstört werden, sondern daß das wenige vorhandene nutzbringend für alle verwendet wird. Die Ausrede, der Krieg habe so viele Millionen vernichtet, daß es jetzt auf einige hundert Millionen mehr oder weniger nicht ankomme, zeugt von einer grenzenlosen, dem Verbrechen nachfolgenden Verstandlosigkeit. Ein Beispiel aus dem Leben möge dies veranschaulichen.

Ein Ehepaar hat sich vor dem Kriege schlecht und recht durch gemeinsame Arbeit durchs Leben gerungen, durch sparsame Haushaltung und emsigen Fleiß verstanden beide, sich ein einigermaßen gemüthliches Heim zu schaffen. Der Krieg brach herein, der Mann mußte ins Feld, die Frau in die Munitionsfabrik. Der nominell höhere Lohn reichte kaum zur Bestreitung des Lebensunterhaltes. Ertrag für Kleidung, Wäsche und Wirtschaftsgüter konnte nicht beschafft werden. Als der Mann aus dem Felde heimkam, sah er, daß in Küche und Stube vieles fehlte, griff zum Küchenbeck und zerückte noch den Rest. Mit Recht würde man sich einer Mann für verrückt erklären, jeder Vernünftige würde sagen, es wäre besser mit dem wenigen sich abzufinden und mit neuem Mut und vereinten Kräften für das Verlorene Ertrag zu schaffen als das Vorhandene noch zu vernichten. Wie im Kleinen so ist es auch im Großen. Nicht zerstören, sondern aufbauen ist die Parole.

Die Arbeiter wollen arbeiten, aber nicht für den Unternehmer. Alle Menschen sollen in den Genuß ihrer Arbeitskraft-Erlöse kommen. Nicht Herren und Knechte, nur Gleichberechtigte sollen es fortan geben. Diese vers

Die Aufgabe kann aber nicht an einem Tage erfüllt werden. Organisch muß aufgebaut werden bei allem was wir beginnen, muß Kraft und Beharrlichkeit uns leiten. Unbedachtes Drauflosstürmen löst auf der Gegenseite Kräfte aus, die der einzelne in ihrer Tragweite nicht überlegen kann. Voraussetzung eines Rums und Sandelns muß sein, die Dinge zu ergründen und die gewonnenen Kenntnisse nutzbringend anzuwenden. Die Sozialisierung des Bergbaues, der elektrischen Industrie, des Bank- und Versicherungswesens kann schon jetzt in Angriff genommen werden. Allerdings nicht etwa so, daß die Arbeiter irgend eines Betriebes sich Besitzrechte anmaßen und glauben, für sich allein wirtschaften zu können. Nur berufswise darf sozialisiert werden, nach dem durch gesetzlich sanktionierte Bestimmungen gewisse Richtlinien geschaffen sind. Industriezweige, die auf Einfuhr von Rohstoffen und Ausfuhr ihrer Produkte angewiesen sind, lassen sich vorerst nicht sozialisieren. Doch soll auch hier die Profitgier der Unternehmer stark eingeengt werden und zwar dadurch, daß die Arbeiter eines Gewerbes durch ihre gewerkschaftlichen Organisation eine Körperschaft bilden, welche die Gesamtproduktion überwacht und in Gemeinschaft mit den Unternehmern regelt. Dielem Industriearbeiter fällt die Aufgabe zu, die Arbeitsbedingungen für das ganze Gewerbe einheitlich zu regeln und den sich ergebenden Profit der Allgemeinheit zuzuführen. Auf diese Weise hätte niemand ein Interesse daran, die wirtschaftlich veraltete Heimarbeit beizubehalten, auch andere rückständige Betriebsformen machten sich überflüssig.

Mit Schlagworten, bloßem Drauflosstürmen, läßt sich das lehrerliche Wirtschaftsgebilde über Nacht nicht umwandeln. Kenntnisse über die ökonomischen Vorbedingungen, Besonnenheit und einheitliches Wollen im Rahmen gewerkschaftlicher Organisation sind die Vorbedingungen, auf denen unsere Erfolge ruhen und die die Arbeiter vom Joche des Kapitalismus befreien.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß.

Vor der Revolution hat die große Masse des Bürgerums von der Arbeiterbewegung nichts gewußt und nichts verstanden. Je nach der bürgerlicheren oder gutmütigeren Veranlagung des Einzelnen wurden die Äußen des Reichsverbandes mehr oder weniger willig gelaubt. Verständnis für die Probleme der Arbeiterbewegung und Kenntnis dessen, was in ihr vorging, hatten nur einige ganz wenige Gelehrte. Man sollte nun meinen, daß die Revolution der deutschen Arbeiter darin doch gründlich Wandel hätte schaffen müssen. Arbeiter stehen jetzt im Mittelpunkt der deutschen Politik, Präsident des Reiches ist der Nachfolger August Bebel's im Vorstand der sozialdemokratischen Partei geworden. Reichsministerpräsident ist der Mann, der bis vor sieben Monaten zweiter Vorsitzender der General-Kommission war. Trotz alledem interessiert sich die Arbeiterklasse nicht für die Vorgänge in der Arbeiterkraft. Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß, die höchste Vertretung von 5 Millionen organisierter deutscher Arbeiter ist in den bürgerlichen Zeitungen kaum erwähnt worden; selbst in denen nicht, die über jeden Quatsch aus dem Berliner Volkstempel spaltenlang reportieren.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß bedeutet nach vielen Richtungen hin ein grundlegend wichtiges Ereignis für die deutsche Arbeiterbewegung. Zunächst sind die Gewerkschaften organisatorisch umgebaut worden. An ihre Spitze tritt statt der bisherigen General-Kommission der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der alle deutschen Gewerkschaften umschließt, die auf moderner Basis stehen. Die Personen freilich, die mit der Leitung dieses neuen Bundes betraut worden sind, sind die alten Mitglieder der General-Kommission. Diese hat auf der Nürnberger Tagung mit nahezu Zweidrittel-Mehrheit ein Vertrauensvotum erhalten. Damit ist der Versuch der Unabhängigen abgeschlossen worden, sich der zentralen Leitung der deutschen Gewerkschaften zu bemächtigen, wonach sie eifrig und mit allen Mitteln gestrebt hätten. Wenn in drei Jahren der nächste deutsche Gewerkschaftskongreß, die erste Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfindet, werden die Verhältnisse und Stimmungen gänzlich andere sein als heute.

Der Gewerkschaftskongreß hat auch mit sehr großer Mehrheit bestimmt, daß die bisherige Politik der deutschen Gewerkschaften fortgesetzt wird. Die Arbeiterverbände sollen weiter im Sinne völliger Parität ausgebaut werden. Auch in der Rätefrage hat sich der Kongreß grundsätzlich mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, der grundsätzlich bisher von den Gewerkschaftsführern vertreten wurde und mit dem Vorentwurf des Reichswirtschaftsamt's zwar nicht übereinstimmt, aber mit den Grundsätzen der Reichsregierung zu vereinigen ist.

Von ganz besonderer Bedeutung ist endlich der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, das Mannheimer Abkommen von 1906 zu kündigen, nach dem Parität von allgemeiner Bedeutung vorher verständigen sollten. Die Zerstückelung der Partei hat es den Gewerkschaften unmöglich gemacht, auch für die Zukunft eine solche Bindung auf sich zu nehmen. Auch die größere Entfremdung zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung ist eine der bedauerlichen Folgen der Parteizerrückung. Immerhin bleibt eine Personalunion zwischen hervorragenden Gewerkschaftsführern und hervorragenden Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktionen bestehen. Wenigstens durch dieses Bindeglied wird hoffentlich dafür gesorgt werden, daß man auch in Zukunft nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeitet.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 11. Juli.

Präsident Hehrendach eröffnet die Sitzung um 9.40 Uhr vor-mittags. Das Haus erhebt zuerst eine Reihe von Anfragen. Abg. Dr. Nieber (D.V.) bemängelt in einer Anfrage die schandvolle Ausführung der Erinnerungsreden für die Nationalversammlung. Er stellt fest, daß die weißrote 10 Pfennig-Marke einen roten Baum zeige, der bei gutem Willen des Beschauers die Ansicht erkennen lasse, eine rote Eiche, also eine feierliche Naturercheinung, vorzustellen. Die braun-blaue 15 Pfennig-Marke auf rotem Grund das Bild eines niederknienenden nackten Jünglings aufweise, der ein einwober Wadstein oder Brot enthaltendes Brett auf dem Kopf trage, während sein linker Fuß von einem niederliegenden Kalfschim oder einer Mauerrelle be-dragt werde. (Langanhaltender, lärmlicher Beifall im ganzen Hause.)

Ein Vertreter des Reichspostamtes teilt hierauf mit, daß das aus einer größeren Anzahl Mitgliedern bestehende Preisgericht als Sachverständige neun Künstler aller Richtungen auf-gewiesen habe. Als Hauptfachverständiger habe ihn Direktor Dr. Friedländer angehört. (Zuruf: Der muß abgesetzt werden. Große Heiterkeit.) Außer Bindung und mehreren Postbeamten seien noch die Abg. Heine, Lufschitz und Pfeiffer Mitglieder des Preisgerichts gewesen. (Anhaltende, lärmliche Heiterkeit.) Die Marken bleiben solange im Verkehr, bis neue Marken als Ersatz für die Germania-Marken herausgegeben werden können. Darauf soll eine Neuausgabe erfolgen. (Zuruf: Aber schnell. Große Heiterkeit.)

Siebzehn wird die Beratung fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil

Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Präsident Hehrendach: Es wäre erwünscht, wenn wir die ersten beiden Abschnitte dieses Teiles (die Einzelpersonen und das Gemeinschaftsleben) erledigen könnten. Dazu werde aber eine erhebliche Einschränkung der Redezeit erforderlich sein.

Art. 107 besagt: Die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege für das Reich und dessen Länder.

Abg. Heine (D.V.) legt die schweren Bedenken dar, die vom Standpunkt des Juristen und Politikers gegen die Aufnahme so umfangreicher Grundrechte in die Verfassung zu erheben seien.

Abg. Koch-Rastfel (Dem.): Die uns vorliegenden Grundrechte sind nicht ein wenig in die Zukunft schauendes Wert, sondern Kom-promisse zwischen verschiedenen Parteianforderungen, ein inter-faktionelles Parteiprogramm mit allen Schwächen und Unklar-heiten. Man sollte sich nun wenigstens bescheiden auf das, was jetzt darin steht, nicht noch neues hineinbringen.

Rechtskommissar Dr. Preuß: Da Art. 107 geeignet ist, nur Unklarheit zu schaffen, so wäre vielleicht zu erwägen, ihn zu strei-chen. Die Regierung nimmt jedenfalls allen Anregungen auf Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Andererseits sollte uns das Beispiel der Frankfurter Raut-sätze warnen, die nicht zuletzt an dem Problem der Grundrechte

zugrunde gegangen ist. Sollte eine Verständigung über die Grundrechte unmöglich sein, so bitte ich sie zunächst zurückzustellen.

Abg. Beheren (Ztr.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen. Der konstruktive Teil der Verfassung reicht nicht aus. Zu vermeiden ist, daß ein Mißgeschick von Par-teiprogrammen entsteht. Ich bitte Sie, die Grundrechte mit Wohlwollen aufzunehmen und ihnen die Annahme zu sichern.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Der vorliegende Entwurf der Grund-recht ist einen uneinheitlichen Eindruck. Sein Wert geht nicht so weit, wie der Abg. Beheren annimmt. Er übersteht auch, daß die ersten sieben Abschnitte des Verfassungsentwurfes durchaus nicht konstruktiv sind. Wir schließen uns den Vorschlägen des Regierungskommissars Dr. Preuß an.

Abg. Cohn (U.S.): Die hier gebotenen Grundrechte sind eigentlich die von 1848. Wirkliche Grundrechte müßten mehr bieten als abstrakte Rechte oder doch in einer Form, die eine künftige Entwicklung bedeuete.

Abg. Kaufmann (Dem.) beantragt, die Verhandlung abzu-brechen.

Eine von der Rechten gegebene Anregung wurde von der Re-gierung wohlwollend aufgenommen und die größte Partei hat sie beinahe in einen Antrag verwandelt.

Damit ist für die einzelnen Parteien eine Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen. Das Haus beschließt dem-gemäß nächste Sitzung Samstag 9 1/2 Uhr. Bericht der Ge-schäftsordnungs- und Wahlprüfungs-Kommission. Befehl über An-rechnung der Militärdienstzeit. Siedelungsgesetz. Kleine Vorlage. Schluß 12 1/2 Uhr.

Der Beamte im Obrigkeitsstaat und im Volksstaat.

Wie durch die Sozialdemokratie die rechtliche Stellung des Beamten im Volksstaat nicht nur sichergestellt, sondern auch wesentlich gestärkt und verbessert werden wird, so darf ähnlich auch bezüglich ihrer wirtschaftlichen Lage erhofft werden. Wenigstens wird in allererster Absicht die Frage erörtern, was die Beamten im kommenden Staat nicht durch die Sozialdemokratie am Ende die Bezüge der Beamten gekürzt oder auf eine möglichst geringe Höhe herabgesetzt werden? Je nachdem die Gemüter gehen gar schon mit der Weisheit kauftieren, daß schon Unterhandlungen im Gange seien, um diese Herabsetzung ins Werk zu setzen. Hier muß wieder auf das vorrevolutionäre Analogon hingewiesen werden. Die Erfahrung sollte die Beamten gelehrt haben, daß die wirtschaftliche Besserstellung ohne Sozialdemokratie selbst in dem geringen Maße, wie sie bisher verwirklicht worden, nicht stattgehabt hätte; die Sozialdemokratie war für den Beamten von je der einzige Hoffnungsanker in den Stämpfen um die Aufbesserung ihrer Gehälter. Wäre sollte sie es jetzt auf einmal nicht mehr sein? Sie wird sich nicht mit der Sicherung der Bezüge zufriedengeben, sie wird auch dafür sorgen, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten um ein wesentliches gehieft werden, damit einmal das Beamtenleben ein Ende nehme. Beim Durchblättern der sozialdemokratischen Erklärungen zum Er-furter Programm ist auch nicht eine Silbe zu finden, daß eine Gehaltskürzung, wie sie die bürgerlichen als Schredmittel gegen die Sozialdemokratie dieser angedacht, am wenigsten Ziel der So-zialdemokratie sei. Sie würde damit, wäre es so, in denselben Fehler verfallen, der mit Recht den Krüden vorgeworfen wird, daß sie Wein predigten aber Wasser gäben. Schon aus dem Utilitäts-prinzip heraus kann sie als führende Partei im Volksstaat keine Begünstigung befürworten. Denn sie weiß zu gut, daß nur gut bezahlte Arbeit auch wertvolle und werteschaffende Arbeit ist und Segen schafft. Jede mindergeholtete Arbeit ist vielfach überzählt. Also nicht um sich bei den Beamten einzuschmeicheln, reidet die Sozialdemokratie einer Besserstellung das Wort, sondern aus richtig verstandener Oekonomie. Die Sozialdemokratie ist die allein volks-wirtschaftlich denkende und handelnde Partei. Sie will den Be-amten befreien von seinen Ängsten und Sorgen ums tägliche Brot, um ihn zu befähigen, sich unter Drangabe seiner ganzen Kraft seinem Beruf im Dienste der Allgemeinheit hinzugeben.

Daß die Sozialdemokratie Einkürzen duldet, wird wohl kein Beamter ihr nachzählen wollen. Und wenn sie solche Bezüge auf-legen läßt, die zur Erhaltung einer solchen dient, so wird sie jedermann für dazu moralisch berechtigt erklären. Auch die Strei-kung der vielen Hebräerpräsentationen gedeutet, wie sie das alte Regime den höchsten Beamten, den Gelehrten und Wissenschaften für die Tätigkeit aufgestellt, die uns in das gegenwärtige Verderben geführt hat, wird die Willigung der Willigenden unter den Be-amten finden. Durch diese Gelder sind der Allgemeinheit erhebliche Summen entzogen worden. Im Volksstaat werden sie auf das geringste Maß heruntergeschraubt werden.

Es wären weiter die Bedenken zu streuen, die von den Beamten betr. ihrer Ansprüche auf Ruhegehälter und Sin-terbliebenenversorgung gemacht werden. Es ist der Beamtenschaft von Sozialistengegnern der Gedanke eingeflüßt wor-

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

10 Nachdruck verboten.

Die Krebse aus dem See von Miaszeczko hatten eine ge-wisse Bekanntheit im Kreis der Kameraden; Frau Theresie konnte schon eine Anzahl von Ansichtspostkarten aufweisen:

„Der glütigen Frau Mama unseres lieben Kestner heißen Dank!“

Die selbstbereitete Gänseleberpaste — die Mamsell hatte ein Geheimrezept — war auch nicht zu verachten, konnte neben jeder Straßburger bestehen. Die Unterwotravla in einem hohen Steintopf, sorglich mit Pergament verbunden, brauchte nur warm gemacht werden; Reibhühnchen, in Wein-blättern und Speckschiben geschmort, lagen ein Duzend bei, und für Paul, der keine Reibhühner mehr sehen konnte, wurde eben noch, rauh ein ganz hartes Pershuhn abgesehrt.

Wenn nur alles gut ausfam, die frischen Butterfischen nicht vernüßten, die Ananasbeeren im biden Zuckerlakt und die Was-kroule mit den Rumrüchchen nicht in Scherben gingen!

Befragt hatte die Mutter, und ihr strenges Gesicht wurde weich dabei. Der gute Junge, wie würde er wieder schmun-jeln! Sie sah so deutlich sein gebräuntes Gesicht mit der weißen Stirn über der roten Witsa und seine lachenden Augen. Sie konnte es nicht ändern, der Hufar war nun einmal ihr Vergnügen; nicht, daß sie den Referendar weniger geliebt hätte, aber der war ja so in der Nähe, kam fast alle Sonntag von Posen herüber — und Kornelia? Nun, die war ohnehin schon des Vaters Liebling! Frau Theresie wußte, ihr Mann legte bereits zurück für eine große Mitgift.

Wenn nur der Goppe nicht so abgänglich wäre, dann würde man noch besser fahren bei den schlechten Zeiten! Solange sie selber ihren guten Augen trauen durfte, ging's ja noch an, aber wenn Gott ihr die Kraft nicht mehr ließ, was dann? Wenn dann durchaus keiner der Söhne Prayborowo über-nehmen wollte — und konnte man's ihnen verdenken, daß sie nicht auf der Witsche verbauern, sich nicht in der Provinz herumblenden wollten? — war es das Beste, zu verkaufen. Der

Boden war glänzend und noch hoch in Kultur — das liebe Prayborowo, es war einem doch sehr teuer!

Frau Kestner verließ ihre Vorratskammer und hatte die Schlüssel in ihren Schlüsselbund; den überließ sie niemand, auch der Mamsell nur für Augenblicke. Mit dem Bewußtsein, die Krebse bis zum Rand gefüllt zu haben, schritt sie, ihre stat-tliche Gestalt ein wenig bildend, unter den selbstgepöpselten Talglichtern her, die in langen Strängen von der Decke hängten, zum Ausgang.

Da hörte sie ihren Mann aufgeregt rufen:

„Theresie, Theresie!“

Gott verhöte, es war doch etwa keine schlechte Nachricht von den Jungen gekommen? Eben hatte sie den Landbrief-träger mit seinem Knotenlock und der umgehängten Post-tasche vom Hof gehen sehen.

Sie lief ins Studierzimmer.

Kestner saß auf seinem Sofa unter dem Bildnis des Kaisers und rang nach Luft.

„Da steht du's nun, Theresie, da haben wir's — da schreibt der Paul schon wieder um Geld!“ Er legte den im ersten Keger getrimmten Brief vor sich auf den Tisch. „Und warum? Gahah!“ — er lachte gezwungen — „weil er jetzt, da er Mitmeister geworden ist, noch ein Pferd haben mußte. Was sagt man dazu: zwei für sich, eins für den Burischen und eins für das neue Bread?! Der Junge denkt wohl, ich finde das Geld auf der Straße! Das nur, lies!“

Sie las, las lange. Die großen feilen Schriftzüge waren leicht zu entziffern; viel stand nicht auf dem Bogen, aber sie überlegte bei jeder Zeile: war es wirklich nur wegen des neuen Pferdes, oder hatte er etwa wieder geliebt?!

Kestner schaute: „Da hab ich ihm was von „gang leid-licher Ernte“ geschrieben — natürlich, nun wird gleich dar-auf losgelegt wie ein Wilber!“

„Das kannst du nicht sagen, das ist unredlich!“ Die Mutter hielt sich den Brief dicht vor die Augen und las und las. „Er schreibt: „alle andern haben mindestens so viele im Stall!“

„Unfair! Das soll er jemand andern einreden — mit nicht!“

„Wer da lies doch! Es ist ihm eben nicht anders möglich!“ Theresie's Stimme klang gereizt. „Baron Kronthal hat vier, Herr von Kordensdorf fünf, Graf Dohnat vier, Graf von Falkenstein fünf! Und der Leichmeister hat sogar einen ganzen Kestner!“ Da kann man es Paul doch wahrhaftig nicht verdenken, daß er nicht gänzlich zurücksetzen will. Du mußt ein Einsehen haben, Morik! Dann hätten wir unsem Sohn eben nicht Offizier werden lassen dürfen!“

„Ja, da hast du recht — hm, ja!“ Er nickte mehrmals totah hintereinander. „Freilich — was sein muß — hm — muß sein!“ Den Kopf in die Hand stützend, grübelte er vor sich hin.

Theresie stand ruhig und wartete. Sie wußte, er würde sich ihrer besseren Einsicht nicht verschließen. Sie würde übrigens einmal selber Hoppe vornehmen und sich informie-ren, was in diesem Moment einging. Obnehin wollte sie ihm sagen, daß diese Verdrängung von Gorporal nicht am Plage sei. Möchten die Dirnen nur draußen mehr helfen — weibliche Arbeitskraft ist doch immer noch nicht so teuer wie männliche —, wenn zwölf zur Welle dabeiin blieben, war's reichlich genug. Die zwölf konnten fleißig Mistkühe bequemen schaffen — mochten sie ihre Daumen brauchen! Und die Hüßnermagd konnte noch die Schweine mit übernehmen — Hüßner machen ist gut wie keine Arbeit. Man mußte sparen an allen Enden!

Ihre scharfen Augen gingen durchs Fenster auf den Hof, dessen Breite, mit dem Tor in der Mitte, man bequem vom Studiengzimmer aus übersehen konnte. Und nach weiter sch-man: wie ein Bild, von den Wippen des offenen Hofstors ein-gerahmt, ein Stück der Felder, sich in den Himmel verlierend. Auf der baumlosen Fläche, dunkel geredet, ragte am Hor-izont der Turm von Pocielcha. So hatte man den immer ge-sehen, all die fünfundsiebzig Jahre, die man hier gewohnt! Er würde einem ordentlich fehlen. Aber daß sich da noch Bie-gedächer erhoben — wenn die Sonne darauf schien, blendeten sie — das war während!

(Fortsetzung folgt.)

über die... die in der... die Rechte mit... die Grund... die auch, daß... die Lage des... die Rechte sind... die eine... die abzu... die von der... die die eine... die geschaffen... die dem... die über An... die Vorlage.

halten wir für den einzig richtigen, sollen wir nicht konsequent in unseren radikalen Finanzen dem Zusammenbruch entgegengeführt werden. Gätte die deutsche Reichsregierung während des Krieges finanzpolitisch diesen Weg, ähnlich wie England und Amerika, eingeschlagen, es stände finanziell und moralisch heute um vieles besser in Deutschland. Nur ein tiefer Griff in den Beutel kann die radikalen Finanzen retten.

Es ist ein bemerkenswerter Agitationsriff, um unter den Beamten Stimmen für zu treiben, wenn die Bürgerlichen mit der Behauptung, die Sozialdemokratie verschlechtere die Stellung der Beamten, haufenweise geht. Es ist Pflicht der schon sozialistisch gesinnten Beamten, hiergegen mit allem Nachdruck aufzutreten, die mit einem Schwindel operierenden Parteiführer bürgerlicher Weisheiten den auf die Finger zu klopfen und zur Rede gestellt werden sie nicht einen Fall angeben können, der beweist, daß die Sozialdemokratie zur Verschlechterung der Beamtenverhältnisse beigetragen hat, oder etwas propagierte, was dazu beitragen könnte. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Stenogramme der diese tausend Reden in Beratungen der Verwaltungsbeförden und gesetzgebenden Körperschaften, daß die Linnungen von Anträgen und Beschlüssen auch nicht eine Spur von Beamtenfeindschaft aufzuweisen haben. In bezug auf die Beamten hat die Sozialdemokratie ein ebenso lautes Brüllen, wie in bezug auf das, was sie dem wertvollen Volk bisher getan hat. Ob das für die bürgerlichen Parteien auch gilt?

Badische Politik.

Die politische Lage.

Die badische Regierung hat dem Landtag eine Steuervorlage von ungeheurer Höhe vorgelegt. Mehr wie hundert Millionen Mark sollen vom Einkommen und Vermögen aufgebracht werden. Volkswirtschaft, Baukostenzuschüsse, Staatsbeiträge zur Arbeitslosenunterstützung u. a. insbesondere aber die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Beamten sind die Ursachen. Es ist die ungeheure Folge eines ungeheuerlichen Krieges. Den von der badischen Regierung eingeschlagenen Weg

Zur Sozialisierung reif.

Von E. Friedebach, Mannheim.

Mögen die Meinungen hinsichtlich der Sozialisierung von Unternehmungen und Betrieben auch noch so weit auseinandergehen; in einer Hinsicht gibt es keine Meinungsverschiedenheiten: Die Sozialisierung eines Betriebes muß im Allgemeininteresse liegen, sonst hat sie keinen Zweck. Die Allgemeinmeinung muß aus der Sozialisierung Nutzen ziehen, entweder ideellen oder materiellen. Der ideale Nutzen liegt im Interesse der Volkswirtschaft; der materielle im Interesse der Volkswirtschaft und beide liegen im Interesse des Volkswohls. Trifft aber keine dieser beiden Voraussetzungen zu, so wäre eine Sozialisierung nur eine Verschwendung von Wirtschaftsmitteln oder von Volksträften und daher sinnlos, unnützlich und verwerflich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es eine große Anzahl von Betrieben und Einrichtungen gibt, deren Ueberleitung aus dem Privatkapital in die Allgemeinheit schon längst hätte geschehen müssen, u. zw. schon viele Jahre vor der Revolution. Man denke nur an die vielen privatkapitalistischen Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke, die zu nicht geringem Teil sogar in Händen von ausländischen Gesellschaften waren, an Apotheken, Kleinbahnen, an Versicherungen aller Art, an das und Petroleumindustrie, an Bauwerken aller Art. Ja sogar die Rechtsvertretung, das Metzger- und Bohnärzterwesen, Theater, Bäder, Kinos usw. könnten gut verstaatlicht werden. Ich will mich heute besonders mit den drei letzteren etwas eingehender befassen, weil hier beide Werte ideelle und wirtschaftliche der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden könnten.

Das kulturell geleitete Theater liegt unbedingt im Interesse der Volkswirtschaft. Sehen wir uns das Kulturtheater etwas näher an. Die bauliche Anlage der heutigen Theater vertritt auf den ersten Blick, daß sie aus der Zeit des Absolutismus stammen. Mögen es nun herrliche oder kommerzielle Mäcene gewesen sein. Der Zuschauerraum ist räumlich sehr beschränkt, daß er das Theater der breiten Masse nicht erschließt. Für sie sollte das Theater ja auch unruhig nicht gebaut werden, sondern nur für eine auserwählte Schicht der oberen Zehntausend oder für den Hofstaat des fürstlichen Mäcen. Für die Gesellschaften, so hoch es früher, ist das Theater. Der Möbel mag sich anderweitig beschaffen. Das Theater wurde nicht als Bildungsstätte, sondern auch von den "Gesellschaften" als Reizmittel betrachtet und bewahrt. Erst als die sozialdemokratischen Bildungsausschüsse einsetzten, kam in diese Bestimmung etwas Wandel. Verschiedene

grundräßig bereit, die unteren Steuerklassen möglichst zu schonen. Der Antrag der Sozialdemokraten, alle Einkommen bis zu 6000 Mark von dem vorgesehenen weiteren Steuerzuschlag zu befreien, wurde mit 11 gegen 2 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. (Einen ausführlichen Bericht lassen wir noch folgen.)

Ueber die neuen Lohnforderungen der bad. Eisenbahner, von denen Finanzminister Dr. Wirth im Haushaltsausschuß des bad. Landtags sprach, wird berichtet, daß sich damit eine im Mannheim abgehaltene Konferenz der Vertrauensmänner der bad. Eisenbahner beschäftigt hat. Es wurden verlangt, für Handwerker im Alter von 18 bis 20 Jahren 400 M., von 21 bis 25 Jahren 450 M., von 26 Jahren ab 500 M. pro Monat. Die Handwerker ohne Ortszulagen sollen im Monat 20 M. weniger erhalten. Für Handarbeiter wurden in gewisser Abstufung für die Klasse II 350—450 M. und für Klasse I 375—475 M. pro Monat verlangt. Wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, erklärte der Finanzminister vor dem Abbau der Lebensmittelpreise auf die neuen Forderungen nicht eingehen zu können.

Bezugsabgabe in Militärdisziplinarfällen. Durch Verfügung des Kriegsministeriums ist der bad. Regierung die Ausübung des Gnadenrechtes in Disziplinarfällen über badische Staatsangehörige zuerkannt worden. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten hat in einer Reihe von Fällen wegen Vergehen die in den Revolutionstagen begangen worden sind, Strafausschub auf Wahl vorbehalten oder Strafnachlass erteilt.

Warum gestreift wird.

Die Forderungen der unter der Führung des Eisenbahnerverbandes streikenden Eisenbahner gipfeln in folgenden Punkten: Einführung des Räte systems bei den Eisenbahnverwaltungen, Abbau der Lebensmittelpreise, Entlassung der verhafteten Berliner Kollegen und Nichtverhängung des Belagerungsstandes über das Reich. Hand in Hand damit geht auch die Forderung der Lohnverhältnisse. Die kürzlich in Jena gefundene Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat zu der Lohnfrage besonders Stellung genommen und dazu folgende Richtlinien beschlossen:

Jeder Direktionsbezirk wird in drei Wirtschaftsklassen geteilt. Eine besondere Lohnkommission ist gegenwärtig mit der Aufstellung der Lohnsätze für Arbeiter beschäftigt. Es sollen in der ersten Wirtschaftsklasse, die für Frankfurt a. M. in Betracht kommt, folgende Stundenlöhne geltend haben:

Handwerker	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter	Arbeiter
bis zum 19. Lebensjahr	2.75	2.60	1.75	22.—	20.80, 14.—
vom 19. bis 21. Lebensjahr	3.—	2.85	2.—	24.—	22.80, 16.—
vom 21. bis 24. Lebensjahr	3.25	3.10	2.25	26.—	24.80, 18.—
über 24 Jahre	3.50	3.35	2.50	28.—	26.80, 20.—

Das Höchstgehalt ist mit sechs Jahren zu erreichen, und zwar von zwei zu zwei Jahren steigend. Die Löhne sollen ab 1. Juni 1919 geregelt werden. Für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni wird als Ausgleich eine einmalige Zulage von 500 M. für die Beamten bis zu 7000 M. Gehalt 800 M. verlangt.

Das Mindestgehalt des nichttechnischen Beamten muß mit dem Höchstgehalt des ungerierten Arbeiters gleichgestellt sein; das Mindestgehalt des technischen Beamten muß dem Höchstgehalt des gelerntem Handwerkers gleichkommen. Die Verhandlungen über die künftige Beamtenbesoldung sind, wie das Verbandsblatt des Bundes deutscher Eisenbahner" mitteilt, noch nicht beendet. Wenn die obengenannten Lohnforderungen verwirklicht würden, dann betrüge das Jahreseinkommen (bei 800 Arbeitstagen) für einen Handwerker mit 19 Jahren 6800 M., 21 Jahren 7200 M., 24 Jahren 7800 M., über 24 Jahre 8400 M., für einen Arbeiter mit 19 Jahren 6240 M., 21 Jahren 6840 M., 24 Jahren 7440 M., über 24 Jahre 8040 M. Zum Vergleich sei erwähnt, daß ein Eisenbahndirektionspräsident bisher etwa 12 000 M. Jahresgehalt erhielt.

Die Hauptforderung der Streikenden besteht in der Einführung des Räte systems, wofür die Generalversammlung in Jena folgende allgemeine Richtlinien aufgestellt hat: Der Verband fordert das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in allen Verwaltungsgebieten durch die Räteorganisation. Das Räte system für die preussisch-preussischen Staatsbahnen hat sich auf nachstehender Grundlage aufzubauen: Je ein Be-

deutsche Städte nehmen ihr Theater in Eigenbetrieb und auf Betreiben der Sozialdemokraten in den Stadtparlamenten wurden für die Arbeiter wenigstens 60 und in Volkstheaterstätten gegeben. Die in städtischen Betrieb übernommenen Theater konnten sich aber durch ihre Einnahmen in den seltensten Fällen selbst erhalten und erforderten gelbliche Zuschüsse seitens der betreffenden Stadt. Denn sobald ein Theater zum Kulturinstitut und aus den Händen des Unternehmers genommen wurde, mußte es auch seine Kulturmission wenigstens einigermassen erfüllen und auf die sogenannten kulturwidrigen Schlager und Kassenmagnetie verzichten und in künstlerischer Hinsicht festes Personal einstellen, das naturgemäß teurer war. Die erforderlichen städtischen Zuschüsse mußten durch die Steuerzahler, also wieder durch die breite Volksmasse aufgebracht werden, ohne daß diese Masse etwas von seinen Aufwendungen hatte, denn insofern die beschränkten Zuschauerraum waren hohe Eintrittspreise notwendig, wenn der erforderliche städtische Zuschuß nicht ins Unermessliche steigen sollte. Dem Arbeiter war es mithin unmöglich gemacht, sein Theater, zu dem er keinen Steuerzuschuß leisten mußte, besuchen zu können. Unter diesen Umständen konnten die Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten nie leichten Serzens den Theaterbetrieb bewilligen, obwohl sie sich niemals darüber im Zweifel waren, daß sie ihm aus kulturellen Gründen zustimmen mußten. Daß unter diesen wenigen Geldkammern auch die Angehörigen dieser Theater nach und nach wieder ungenügend gestellt wurden als die der kapitalistischen Unternehmungen, ist nicht wunder zu nehmen. Und so ist es auch begreiflich, daß mit der Zeit die minderbesetzten Bühnenangehörigen am Kulturtheater das Interesse verloren und sich wieder dem Geschäftstheater zuwandten.

Andere Genossen in den Stadtparlamenten machten wiederholt auf die Platzbedrängung der Theater aufmerksam. Nach in Friedenszeiten schlugen sie vor, wirkliche Volkstheater (Volkstheater) zu bauen. Doch sie drangen bei den bürgerlichen Parteien nie durch damit, weil diese eben für den Arbeiter recht wenig übrig hatten. Außerdem waren die bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht stets kurzfristig und engstirnig. Und so kämpften heute noch, oder vielmehr gerade heute, wo die städtischen Theater ihre Mäcene verloren haben, Kulturtheater ersten Ranges um ihren Fortbestand. Niemand weiß, wer sie übernehmen und finanzieren soll. Das Nebelgebilde wäre, daß sie von den betreffenden Städten übernommen werden, denn diese haben ein unmittelbares Interesse an ihrem Fortbestehen. Diese, wie auch alle übrigen Kulturtheater müßten für die Städte sozialisiert werden und zwar auf ideellen, als Kulturstätten. Aber auch der Staat

hat ein gewisses Interesse an den Kulturtheatern. Man verfolge sich doch nur wieder in die erste Kriegszeit. Wie nützte der Staat damals die Theater aus, um für seine Kriegszwecke Stimmung zu machen. Aber auch Trost und Erbauung und Ablenkung wurde Vielen durchs Theater geendet.

Der heutige freie Staat kann die Theater mit vollem Recht als Erziehungsinstitut für den freien deutschen Bürger in Anspruch nehmen. Denn nirgends ist der Mensch so ungenügend mehr zugänglich, als im Theater. Freiheit, Lauterkeit und Menschlichkeit lassen sich ebensogut durchs Theater anerkennen, wie früher der Hurratspatriotismus. Die Sozialisierung der Kulturtheater ist daher aus idealen Gründen notwendig.

Neben den Kulturtheatern müssen in allen Städten die Unterhaltungstheater wie Wäse aus der Erde. Besonders die Operntheater und die Kinos. Durch Schlager zweifelslos Güte hollen struppellose und findige Unternehmer Hunderttausende und sogar Millionen in einer einzigen Stadt jährlich aus den Taschen der breiten Massen, um die Werte, wenn sie deren genug besäßen, für sich in Sicherheit zu bringen. Der Allgemeinheit würden diese Summen entzogen. Und doch könnten solche Riesensummen besser und nutzbringender angelegt werden, wenn sie dieser breiten Masse wieder zugeführt würden. Und das ist möglich durch die Sozialisierung dieser "schlechten" Kunsttempel. Es würde dadurch zweierlei erreicht werden: Ideelle und wirtschaftliche Werte. Erstens könnte man durch Verwendung der Räteüberlässe aus Operntheater und Schauspieltheatern die Zuschüsse für die Kulturtheater aufbringen und zweitens wäre es möglich, durch langames Abbauen des in solchen, der leichten Ware gäudmeten Häusern dem Publikum köstlich vorgelegten Schundes, der Herzen und Seelen oergiftet, das große Publikum zur wahren Kunst und zu gutem Geschmack heranzubilden. Ein plötzlicher Wandel dürfte freilich nicht erfolgen, da sonst ein Risiko unabweislich wäre. Die Uebernahme wäre hinsichtlich der Arbeiterführung der Betriebe keine allzukühnere, denn Operntheater und Kinos befinden sich meist in Händen von Kapitalisten oder Aktiengesellschaften, die ihre Betriebe durch Geschäftsführer leiten lassen. Diesen Geschäftsführern wird es sicher unpopulärer sein, wenn sie von einer Stadt angestellt sind, als von einem Unternehmer. An fasthundert Rietern ist es also nicht. Verbürokratisiert durch diesen die Betriebe aber nicht werden.

Mit etwas gutem Willen und Initiative ist eine Sozialisierung auf diesem Gebiet nicht durchzuführen. Die Allgemeinheit hat ein Recht, das zu verlangen.

Regierung, die die Verpflichtung haben, die Konsumenten zu schützen, in dem vorliegenden Gesetzentwurf alles dies berücksichtigt hätten. Man sei aber größtenteils enttäuscht. Nach dem Gesetzentwurf liegt das ganze Schwergewicht in der Verbraucher-Kammer bei den Konsumentengemeinschaften, jedoch nach dem Wahl-System die große Masse der Arbeiter, und Angestellten, und Beamtenvereine zur Ohnmacht verurteilt wären. In den Bestimmungen über die Landwirtschaftskammer sagt das Gesetz, daß die Kosten für die Errichtung der Geschäftsstelle und der Geschäftsführung der Staat zu tragen hat. In dem Gesetzentwurf betr. Verbraucher-Kammer hat man jedoch die Kosten auf die Mitglieder abgewälzt; Nach alledem müßte er sich auf den Standpunkt der Ablehnung stellen und er ersuche, die Vertreter ebenfalls für die Ablehnung zu votieren. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 10. Juni ds. J. im Restaurant „Wolfsküch“ tagende Vertreterversammlung des Gewerkschaftsartells Karlsruhe, das als Vorortvorstellung mit der Vertretung der freien Gewerkschaft Baden beauftragt ist, hat von dem Gesetzentwurf des Ministeriums des Innern betr. Verbraucher-Kammer Kenntnis genommen und spricht sich einstimmig wie folgt aus:

Regierung und Staat haben die Verpflichtung, die Konsumenten zu schützen. Die Regierung kann, wie die Kriegserfahrungen zeigen, dieser Aufgabe nur mit Hilfe der Konsumenten gerecht werden. Zu diesem Zwecke ist es aber nötig, daß eine Körperschaft geschaffen wird, die die Wünsche der Verbraucher und ihrer Organisationen entgegennimmt und sie bei den in Frage kommenden Stellen vertritt.

Da die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch andere soziale Aufgaben stark belastet sind, können sie diese Stelle nicht selbst finanzieren. Der Staat ist somit verpflichtet, die allgemeinen Verwaltungskosten der Verbraucher-Kammer im Interesse eines wirksamen Konsumentenschutzes zu übernehmen; die Regierung ist aber verpflichtet, die Grundzüge der Demokratie zu wahren. Das Kartell mißbilligt ganz entschieden, daß das Ministerium heute, wo überall die Grundzüge der Demokratie anerkannt werden, diese Prinzipien bei der Errichtung der Kammer gänzlich mißachtet.

Der Entwurf ist in der vorliegenden Fassung unannehmbar. Wir erwarten, daß das Ministerium umgehend Zusicherungen erteilt, daß der Entwurf im Sinne der von den badischen Verbrauchervereinigungen gemachten Vorschläge umgestaltet wird. Werden diese Zusicherungen nicht gegeben, so ist die Kartellkommission beauftragt, nunmehr mit der größten Entschiedenheit den Kampf für die Schaffung einer auf demokratischer Grundlage beruhenden öffentlich-rechtlichen Konsumentenvertretung und damit für die Gleichberechtigung der Konsumenten aufzunehmen.

Unter geschäftlichen Mitteilungen wurde unter anderem dem Antrag der Kartellkommission zugestimmt, wonach die Kommission beauftragt wird, Schritte zu unternehmen, damit das Gewerkschaftsartell in Würde in den Besitz eines eigenen Seins gelangt. Schluß der Sitzung um 11 Uhr.

Gewerkschaftsartell Karlsruhe. Heute Montag abend 8 Uhr im „Apoll-Theater“, Marienstr. 8, Versammlung mit Berichterstatter vom deutschen Gewerkschaftskongress in Nürnberg, Gewerkschaftskollegen und Kollegen, erdchein zahlreich.

Bezirk Mittel- und Südwürttemberg. Infolge der Gasperre findet die Versammlung im „Prinz Heinrich“ schon heute abend um 7/8 Uhr statt. Wir bitten dies zu beachten und zahlreich zu erscheinen. D. Obmann.

Der Kreisverband des Kreises Karlsruhe hat zum Vorsitzenden Herrn Stadtrat Wils. Frey in Karlsruhe (Dem.), zum 1. Stellvertreter Herrn Kaufmann Hfil. Mezapfel in Unterzumbach (Soz.), zum 2. Stellvertreter Herrn Oberrevisor Frz. Haber Stadelbacher in Karlsruhe (Ztr.) gewählt.

Eine Versammlung der städtischen Arbeiter, welche am Freitag nachmittags in der „Gewerkschaftszentrale“ stattfand, war überfüllt und es herrschte von vornherein eine gereizte Stimmung gegen die Stadtverwaltung und insbesondere gegen Bürgermeister Dr. Paul. Gemeinderat Vörster vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die ungerade Auslegung des Tarifs durch die Stadtverwaltung die Schuld trage an der Unzufriedenheit der beteiligten Kreise. Daß die Karlsruher Stadtverwaltung sich bei Auslegung des Tarifs viel rückständiger gezeigt habe als andere, viel kleinere Städte, zeigte der Redner an Sand verschiedener Beispiele. Die Art der Einrechnung der Arbeiter in die verschiedenen Lohnklassen insbesondere hat nun aufs neue den berechtigten Unwillen der Arbeiterklasse erregt, welcher

sich in der teilweise erregten Diskussion Luft machte. Die Mißstimmung ist derart groß, daß es nur dem besonnenen Eingreifen der Stadtverwaltung zu verdanken ist, wenn es hier bisher nicht zu Ausschreitungen der städtischen Arbeiter gekommen ist. Ein Redner vertrat die Ansicht, daß Bürgermeister Dr. Paul die Stadträte absichtlich von den Verhandlungen ferngehalten habe. In einer Zuschrift an die Versammlungsleitung hat Bürgermeister Dr. Paul seine Teilnahme abgelehnt. Stadtrat Dr. Kullmann (Soz.) führte aus, daß die Stadträte tatsächlich einseitig über Tarifverhandlungen informiert worden seien. Es kamen noch einige Anträge zur Abstimmung und fanden Annahme, so u. a. die bisher nicht erfolgten Nachzahlungen haben bis am Donnerstag zu erfolgen. Den vor dem Kriege unständigen Arbeitern ist die Kriegsdienstzeit auf Dienstalter und Lohn anzurechnen.

Die bürgerlichen Stadträte waren anscheinend überhaupt nicht vertreten oder verhielten sich wenigstens recht still, ganz im Gegensatz zu den Zeiten, wo Wahlen bevorstehen. Die städtischen Arbeiter sollten sich dies endlich merken und insbesondere auch die Intelligenz der bürgerlichen Presse, die es anscheinend nicht nötig hat, die Ursachen der Arbeiterbewegungen kennen zu lernen; zu Schimpfereien auf die „Begehrtigkeit“ der Arbeiterschaft sind diese Mütter aber immer bereit. Auch dieser Umstand müßte die Arbeiter veranlassen, nicht mehr die bürgerliche, sondern die Arbeiterpresse zu lesen und zu verbreiten helfen.

Na. Die Heimkehr der Kriegsgefangenen. Wie anderorts werden auch in Karlsruhe Vorbereitungen für den Empfang und die Versorgung der heimkehrenden Kriegsgefangenen getroffen. Zu diesem Zweck ist unter dem Vorstehe des Oberbürgermeisters ein „Ausschuß für Kriegsgefangenen-Heimkehr“ gebildet worden. Der Ausschuß will sich nun vor allem ein Bild über die Zahl, Art und voranschlägliche Unterkunft der Karlsruher Kriegsgefangenen machen und zugleich die Fürsorge für Wohnung und Beschäftigung für sie vorbereiten. Zu diesem Zweck hat der Ausschuß eine Bekanntmachung in den hiesigen Zeitungen erlassen, wonach Fragebogen bei den Polizeiwachen und den Gemeindefretariaten der Vororte an die Angehörigen der Kriegsgefangenen vom 10. 7. ds. J. ab. ausgegeben werden. Der Ausschuß bittet die Angehörigen der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die erwähnten Fragebogen schnellstens zu erheben und bis 25. Juli ds. J. ausgefüllt der Geschäftsstelle der „Kriegsgefangenen-Heimkehr der Stadt Karlsruhe“ Nr. 83 wieder zurückzubringen. Es sollte dies im eigenen Interesse möglichst durch eine erwachsene Person geschehen, die in der Lage ist, etwa zur Ergänzung der Fragebogen nötige Auskünfte über den Kriegsgefangenen zu erteilen.

Veranstaltung für Geschlechtskranke. Die Veranstaltung befindet sich im Gebäude der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe, Kaiserstr. 8, und erteilt vormittags von 9 bis 11 Uhr kostenlos und streng verschwiegen Rat an Erkrankte und deren Familienangehörige. Leider ist das Bestehen dieser Einrichtung noch viel zu wenig bekannt. Jeder einzelne sollte dazu beitragen, daß die große Gefahr bekämpft wird, die gerade jetzt das Anwachsen dieser Krankheiten bietet.

An unsere Leser!

Wegen Ausbleibens des Gasdrucks mußten unsere Schreibmaschinen heute Vormittag aussetzen. Es war uns nur möglich, mit Handsatz die wichtigsten Telegramme zu setzen, während alle längeren Artikel, Verträge usw. liegen bleiben mußten. Wir bitten unsere Leser und Verlegerstatter die-serhalb um Entschuldigung. Die Redaktion.

Wiedereröffnung der Postanstalt in der Marienstr. Mit freudiger Genugung wird die Einwohner-schaft der Stadt, insbesondere die Geschäftsleute, verstehen, daß die Postanstalt in der Marienstr., die bei Kriegsausbruch einging, am 16. Juli wieder eröffnet wird.

Gerichtsferien. Am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien, sie dauern bis zum 15. September. In dieser Zeit wird der Betrieb der Gerichte eingeschränkt. Zivilsachen kommen nur zur Verhandlung, wenn es sich um dringende Fälle handelt, insbesondere um Klagen wegen Dienstbotenlohnes, Messe- und Markttagen, Mietsstreitigkeiten, Nachsachen und Wechselangelegenheiten. Die Strafsachen werden durch die Gerichtsferien keinen Aufschub, ebenso auch nicht die Konkursverfahren. Für die Erledigung der Strafsachen werden Ferienkammern gebildet.

Zur Erhöhung der Bierpreise schreibt man uns: Vor kaum 14 Tagen war ich nahezu 2 Wochen im Tauberggrund beschäftigt und kam bei dieser Gelegenheit öfter nach Würzburg, wo ich mich u. a. auch für die Bierverhältnisse interessierte. Hier kostet heute noch der halbe Liter, für heutige Verhältnisse ausgezeichnetes helles Bier, wie solches die Karlsruher Brauereien auch nicht annähernd liefern, 20 Pf.; dunkles, recht gutes, jedenfalls viel besseres Bier als alle Karlsruher Biere, trinkt man überall in Würzburg, 0,45 oder 0,5 Liter zu 17 Pf. Für bayrische Biere bezahlen wir hier in Karlsruhe 30-40 Pf. für 0,5 Liter. Dieser Preis wird im Wesentlichen mit der Uebergangsteuer begründet. In Grünfeld, Amt Taubertal, also in Baden, bezahle ich ein sehr tüchtiger Wirt Würburger dunkles gutes Bier in der Maßschale 0,45 Liter zu 20 Pf., verläßt den Liter über die Straße zu 50 Pf. In Karlsruhe kostet jetzt ein weitaus minderwertiges Bier 1 Liter 75 Pf., künftig 1 M.

Woher nimmt das Landespreisant angesichts solcher Tatsachen den Mut, abermals solche Preiserhöhung zu genehmigen?

Unterbringung der Sammlungen für Altertum- und Völkertunde und der Sammlungen im Kunsthistorischen Museum in dem früheren Großherzoglichen Schloß. Die Regierung beabsichtigt, die hier untergebrachten Sammlungen des Staates in einer Landes-sammlung in dem früheren Großherzoglichen Schloß zu vereinigen. Im Nachtrag zum Staatsvoranschlag sind hierfür 100.000 M. vorgesehen. Es handelt sich vor allem um die Sammlungen für Altertum- und Völkertunde, die bisher im sogenannten Sammlungsgebäude untergebracht sind, und um die Sammlungen im Kunsthistorischen Museum. Das Sammlungsgebäude soll für die Ausdehnung der Landesbibliothek dann ganz in Anspruch genommen werden.

Residenz-Theater, Waldstraße, bringt zurzeit „Das Schweigen im Walde“ nach dem Roman von Richard Stowronnel, 2. Teil, „Die außergerichtliche Einigung“, mit Lotte Neumann in der Hauptrolle, „Luthens Verlobung“ am Gartentor mit Lu 1 Peroné und Anna Müller Linke. Ist eine köstliche Lustspiel. — Residenz-Theater Schillerstr. zeigt Ma Witt in dem 4aktigen Schauspiel „Maria“, ferner das Lustspiel „Botans Tochter“ und eine interessante Studie aus dem Kampfl.

Briefkasten der Redaktion.

M. Grünwetterbach. Bis jetzt noch nicht.
 Bretten. Nicht strafbar. Der Vermieter der Wohnung hat aber die Pflicht, dem Liebhaber das Peteten derselben unter diesen Umständen zu verbieten.
 Achern. Brief kam erst Freitag Mittag an. Wegen Kirchen-schon ein anderer Artikel.
 Kipph. hier. Der geschlichtete Fall ist nach unserer Erundung ein Versehen des betreffenden Stadtpolizisten. Damit werden sich die andern gestellten Fragen erledigen.
 D. S., Zuzenshausen. Ihre Anfrage ist sehr unklar. Sofern Sie steuerpflichtiges Einkommen haben, müssen Sie natürlich auch Steuer bezahlen. Die Annahme, daß ein Kriegselnehmer sechs Monate nach der Entlassung von der Steuer befreit ist, ist falsch. Wenn Sie nähere Auskunft wünschen, müssen Sie präzis fragen unter Schilderung Ihrer persönlichen Verhältnisse stellen.
 D. Sch., Karlsruhe. Die Bestimmung des Kollektivabkommens besteht zu Recht, da die dieser Bestimmung entgegenstehende Verordnung des Demobilisationskommissärs durch neue Verordnung vom 11. Juni cr. aufgehoben worden ist.

Verantwortlich für den Gesamtsinhalt: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Frauenchor.) Wegen Gasperre Mittwoch abend punkt 7 Uhr Singstunde. Um pünktliches Erscheinen bittet 4942 der Vorstand.
 Hue bei Durlach. (Soz. Verein.) Am Montag, den 14. Jul., in der Blume abends 8 Uhr, Fortsetzung der Mitglieder-versammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig, da sehr wichtige Punkte zur Tagesordnung stehen. 4916 Der Vorstand.

Erwerbt das bad. Staatsbürgerrecht!

Hausierer

für Stadt und Land bei hohem Verdienst sofort gesucht. Off. unter Nr. 4940 an das Volksfreundbüro.

Eiserne Bettstelle

zu verkaufen. 4939 Laible, Zähringerstraße, Nr. 20 a, 3 St.

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, lauft 4907 An-u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Pfannkuch & Co

Kerzen

(Ekipatronen) Stück 65 Pf.

Pfannkuch & Co

Gr. u. M. in den besten u. feinsten Materialien

Rudolph Holl, Dentist

Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz Fernruf 2793. Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 4102

Statt Karten.

Ihre Verheiratung zeigen an Alfred Reebstein 4925 Elisabeth Reebstein geb. Schmitt

Durlach, den 12. Juli 1919. Schlossstr. 6

Daniels

Konfektionshaus Wilhelmstr. 84, 1 Tr. Reichsware: Jackenkleider, Röcke, Mäntel, Blusen, Kinderkleider in grosser Auswahl.

Wie neu bügeln

Sie Herrenbekleid., ohne irgendw. Kosten od. Hilsm., od. irgendw. Beschädigung. Ausführl. Anweis. geg. Vor-schickend. v. Mk. 1,50 Reichs-geld od. Bfm. - Bezahle Betrag zurück, wenn nicht voll. Erfolg. Genau Adr. an G. Böhlinger, Linden-leis, Odw. - Ref. Bür-gerrn. Lindenleis. 4941

Standesbuch-Ansätze

der Stadt Durlach. Geburten, Paul, Vater Paul Wilhelm Emil Diele, Hilfsarbeiter.

Geschicklungen. Josef Zimmer, Wierbr. in Karlsruhe, mit Elisabeth Nabel hier. Otto Heinrich Selter, Flechner und Installateur in Aue, mit Emilie Bauer hier. Hans Eduard Maier, Domspatth in Karlsruhe, mit Clara Konzett ebenda.

Storbefälle. Mathilde Stefanie Wilsdorf, Wäglert, ledig, 50 Jahre alt. Margarete geb. Brühl, Witwe des Osners Johann Diehl, 69 J. alt. Helene Christine Plum, Nägerin, ledig, 40 Jahre alt.

Flechten Wunden

oft überraschend dem Erfolg die haubildende schmerz-u. juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2.- u. 3.75 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestells, wo nicht erhältlich, direkt bei Tatogen-Laboratorium, Sittikhemen-Rominten 7.

Singroslager bei Leopold Fiebig.

Betten-Haus Buchdahl

Kaiserstr. 164, Nähe Hauptpost.

Dedbetten, Kissen, Matratzen, Steppdecken. Gute Stoffe und Füllungen. 4930

Bedeutendes, mittelbadisches, industrielles Unternehmen sucht zum sofortigen Eintritt mehrere durchaus zuverlässige, gewandte

Werk-schreiber,

möglichst mit einer gewissen kaufmännischen Vorbildung. Bewerbungen sind unter Nr. 4927 an das Volksfreundbüro abzugeben.

Nach längerer Tätigkeit an den Kliniken in Düsseldorf, Darmstadt und der Universitätsklinik zu Frankfurt a. M. habe ich mich hier als

prakt. Zahnärztin Spezialärztin für Mundchirurgie niedergelassen. 4923

Hanna Schiff, prakt. Zahnärztin Sprechstunden Spez. Mundchirurgie 0-12 und 3-6 Ettlingerstr. 15, Telefon 991.

Wie finde ich einen Mann?

Anleitg., Rat und Beispiele für Heiratslustige über alles, was man vor der Ehe wissen muss! Geheh Einsendg. (Postanweisung) von M. 2.- oder Nachnahme durch Verlag Schweizer, Abt. 812, Berlin NW 87.

DRUCKSACHEN

ALLER ART für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in :: Schwarz- und Buntdruck ::

Buchdruckerei „Volksfreund“

Karlsruhe Geck & Cie. Luisenstr. 24

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Am Montag, 14. Juli, abends 1/8 Uhr, findet im Saale des Apollo-Theaters, Marienstraße 16

Große Versammlung

aller Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen statt. Tages-Ordnung:

Berichterstattung über den 10. deutschen Gewerkschafts-Kongress in Nürnberg.

Referent: Kollege **Heinrich Fischer**, Bezirksleiter des Bauarbeiter-Verbandes.

Das Erscheinen aller Gewerkschaftsmitglieder ist dringend erforderlich.

4899

Vierordtbad.
Kohlensäure Bäder und elegante
Wannenbäder
I., II. u. III. Klasse.
Für Herren u. Damen
geöffnet: Werktags
vorm. 9-1 Uhr, nachm.
2 1/2-7 1/2 Uhr, Sams-
tags auch über die
Mittagszeit geöffnet.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen. 4899

Städt. Vierordtbad.
Kohlensäure Bäder und elegante
Wannenbäder
I., II. u. III. Klasse.
Für Herren u. Damen
geöffnet: Werktags
vorm. 9-1 Uhr, nachm.
2 1/2-7 1/2 Uhr, Sams-
tags auch über die
Mittagszeit geöffnet.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen. 4899

Achtung!
Neu eingeführt:
Kleber-Einkochgläser
u. Einkochapparate
Gumm-Wasserhähne
hochdrucktauglich
Emaille-Geschirre
Verzinkte Blechwaren
Verzinktes Drahtgeflecht
bei 4898

C. F. Werner,
Gaggenau i. Ngt.

Männer
Garn- und Wollleiden,
Ausflus usw., bewährt und
ausgeprobt, auch in ver-
alteten Fällen, sind meine
rechten **Santol**-Kopfen.
Preis Originalkarton M. 7.-,
3 Kartons M. 20.-,
Silberbrand, Versand-
haus 203, Berlin N. 4.
Inbalidentstr. 8. 4892

Eine dunkel polierte
Kinderbettstelle
ist preiswert zu verl.
Georg-Friedrichstr. 18 IV. I.

1 Tisch, 1 Kochtisch,
1 Paar Touren-Stiefel
Größe 37, zu verkaufen.
Bäcker, Gerwigstr. 7 IV.

Verloren

am Samstag nacht in der
Bibliothek eine
Brieftasche mit Inhalt.
Gegen Belohnung abzuge-
ben in der Geschäftsstelle
d. W. für nähere Angaben
wäre sehr dankbar.

Die Kartell-Kommission.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Da die Verhandlungen über die Beschwerden
besonderer Umstände halber erst am Dienstag
stattfinden können, findet die auf heute Montag
im „Apollotheater“ angekündigte Versamm-
lung nicht statt. 4937

Sobald ein Ergebnis der Verhandlungen
vorliegt, wird dieselbe erneut einberufen werden.
Die Ortsverwaltung.

Sports-Kartell Durlach.

Heute abend 8 Uhr, findet im Saale der
„Blume“ eine

Turn-Sport-Versammlung

statt. Vortrag des Herrn
über: **Eisefe, Karlsruhe**

Turnen und Sport in der Neuzeit.

Hierzu werden alle Turn- und Sportvereine
Durlachs höchst eingeladen sich recht zahlreich zu
beteiligen. Das Sports-Kartell.

**Feststellung der Baukosten für das
Gebiet nördlich der Grenadierkaserne
und der Kadettenanstalt betr.**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Karlsruhe be-
auftragt gemäß § 3 des Ortsstrafengesetzes die Fest-
stellung der Baukosten für das Gebiet nördlich der
Grenadierkaserne und der Kadettenanstalt.

Die Pläne nebst Beilagen liegen während zwei
Wochen, vom Tage der amtlichen Bekanntmachung an,
auf dem Rathaus hier zur Einsicht der Beteiligten auf.
Einwendungen gegen die beabsichtigte Feststellung sind
innerhalb der genannten Frist bei Ausschlußvermeiden
beim Bezirksamt oder beim Stadtrat hier schriftlich
oder mündlich geltend zu machen.

Karlsruhe, den 10. Juli 1919. 4938

O. B. 210 Bezirksamt.

Vorforschau betr.

Mit der diesjährigen Vorforschau wird am
Montag, den 14. Juli 1919

begonnen. Die Hausbesitzer und Hausbewohner haben den
Feuersehauern den Zutritt in das Haus und die Ver-
sichtigung aller Hausräume zu gestatten. D. B. 211

Karlsruhe, den 10. Juli 1919. 4934

Bezirksamt.

Zahlungs-Aufforderung.

Das zur Zahlung verfallene 1. und 2. Viertel der Um-
lage für 1919 ist bis längstens 16. ds. Mts. an die un-
terzeichnete Kasse zu entrichten. Nach Ablauf dieser
Frist ist von den Schuldnern die in dem Forderungs-
zettel angegebene Verzinsungsbefugnis zu entrichten,
außerdem müßte gegen die säumigen Schuldner
Zwangsvollstreckung angeordnet werden.

Umlagepflichtige, welche noch keinen Umlagefor-
derungszettel erhalten haben, wollen sich schriftlich oder
mündlich bei uns melden. Zahlungen wollen dargel-
tes geleistet werden. 4854

Karlsruhe, den 1. Juli 1919.

Stadthauptkasse A.

Städtische Spar- u. Pfandleihkasse Karlsruhe

Zur Durchführung der ungeteilten Arbeitszeit bleiben
unsere Kassen und Geschäftsräume mit Wirkung vom
14. Juli l. Zs. ab nur noch wie folgt für den
Verkehr geöffnet:

In der Zeit vom **15. April bis 15. September**
von morgens 7 Uhr bis mittags 1 Uhr,
in der Zeit vom **16. September bis 14. April**
von morgens 8 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Nachmittags bleiben die Kassen geschlossen.
Karlsruhe, den 9. Juli 1919. 4844

Städtisches Sparkassenamt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Hausfrauen-Bund.

Dienstags und Freitags, 4-6 Uhr
Zähringerstraße 100 II, Zimmer 12

„Beratungs-Stunden“

über Hausangestellten-Verträge und -Tarife, Benützung der Dörranlage,
Einmachen, Kochkisten, Koch-Apparate, Höchstprieße, Rezepten-
Sammlung. 4981 **Der Vorstand.**

Kindersachen.

(Städtische Straßenbahn).
In den Wagen der städtischen Straßenbahn und
benachbarten der Karlsruher Lokalbahnen sind in der Zeit
vom 1. Januar bis 31. März 1919 folgende Gegen-
stände gefunden worden:
Damen- und Herrenschirme, Hüte, Muffen, Körbe,
Häkel, Kleidungsstücke, verschiedene Taschen, Geldbeutel
mit und ohne Inhalt, Schmuckgegenstände, Besätze und dergl.
Die Empfangsberechtigten werden hierdurch gemäß
§ 980 und 981 B.G.B. aufgefordert, ihre Rechte an den
oben aufgeführten Gegenständen binnen 3 Wochen bei
dem städtischen Bahnanwalt Kallastr. 71, geltend zu
machen. 4926

Karlsruhe, den 12. Juli 1919.

Städtisches Bahnamt.

Die Schwimmhalle im städt. Bierordtbad

bleibt wegen Kohlenmangels bis auf weiteres
geschlossen. 4932

Die Bannen-, Schwitz- und Kurbäder sind wie
immer geöffnet.

Höchstprieße für Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren

(vom 25. Juni 1919).

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August
1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 21. Jan.
1915 und 22. März 1917 (Reichsgesetzblatt 1914 Seite
389, 518, 1915 Seite 25, 1917 Seite 253) sowie auf-
grund der Bundesratsverordnung vom 8. Mai 1918
gegen Preissteigerung (Reichsgesetzblatt Seite 395) wird
unter Aufhebung unserer Bekanntmachung v. 17. April
1919 (Staatsanzeiger Nr. 92) bestimmt:

Soweit nicht vom Kommunalverband aufgrund der
Bestimmungen unter Ziffer II dieser Bekanntmachung
andere Preisätze bestimmt werden, dürfen die Höchst-
preise bei der Abgabe der Ware an den Verbraucher
für ein Pfund nicht überschreiten:

- Rindfleisch:** per Pfd.
 - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 20 vom Hundert des Fleischgewichts
nicht überschreiten darf. 2.60
 - b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochen-
beigabe, ausgenommen Lammfleisch. 3.00
 - c) für Lammfleisch ohne Knochen (ausgebeint) 3.40
- Kalb- und Schweinefleisch:**
 - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 25 vom Hundert des Fleischgewichts
nicht überschreiten darf. 2.00
 - b) für Schmalz ohne Knochenbeigabe. 2.70
- Schaf- (Lamm-) Fleisch:**
 - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die ein-
schließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 25 vom Hundert des Fleischgewichts nicht über-
schreiten darf. 2.15
- Hirnschmalz (auch Hirnschmalz):** 1.80
- Schmalz:**
 - a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 20 vom Hundert des Fleischgewichts
nicht überschreiten darf. 1.50
 - b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe 1.80
 - c) für geräuchertes (gepökeltes) Fleisch 1.70
 - d) für geräuchertes Fleisch 1.90
 - e) für frisches (rohes) Schweinefleisch 1.80
 - f) für ausgelassenes Schweinefleisch 2.20
 - g) für frisches Speck 1.80
 - h) für geräuchertes Speck 2.00
 - i) für Schinken, roh, im ganzen 2.20
 - j) für Schinken, roh im Aufschnitt ohne Schwarte
für Schinken, gelocht oder im Aufschnitt
(ohne Schwarte) 2.80

- für Wurst:**
 - a) Leberwurst, frisch (auch abgekühlt) 1.60
 - b) dieselbe geräuchert 1.80
 - c) Blutwurst (Griebswurst, auch abgek.) 1.10
 - d) Schwarzwurst (roter und weißer) 1.90
 - e) dieselbe geräuchert 2.00
 - f) Fleischwurst (auch abgekühlt) 2.50
 - g) frische Bratwurst 2.30
 - h) Rindfleisch 2.50
- Sonstige Fleischwaren:**
 - a) Leber vom Rind 2.10
 - b) Leber vom Kalb 2.00
 - c) Nieren 2.30
 - d) Zunge, frisch 2.90
 - e) Zunge, geräuchert 4.40
 - f) Kalbsgehirn 1.00
 - g) Hirn vom Rind das Stück 2.10
 - h) Hirn vom Kalb das Stück 1.50

Diese Höchstpreise verstehen sich für Ware bester
Beschaffenheit und gelten auch für Fleisch und Fleisch-
waren ausländischer Herkunft, soweit nicht in einzelnen
Fällen besondere Ausnahmen von uns zugelassen
werden.

Der Kommunalverband Karlsruhe Land.

Wilhelm Nussberger

Bildhauer- und Grabdenkmal-Geschäft
Karlsruhe, Wilhelmstr. 35 Wohnung: Karlstr. 21 II
Habe meine Tätigkeit wieder in vollem
Umfange aufgenommen und empfehle
mich dem Titel, Publikum in sämtlichen
in mein Fach einschlagenden Arbeiten.
Lager und Anfertigung von Grabdenkmälern
in allen Steinarten, Entwürfe und Be-
rechnungen auf Wunsch zur Verfügung.
Bau- und Friedhof-Reparaturen jeder Art.
Geschäftsgründung 1861.

Obst-Verteilung.

In den Obstverkaufsgeschäften
Nr. 90 bis 132 einschl.
kommen heute, den 14. Juli Obstsorten zur Verteilung.
Kopfmenge 2 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 2
zum Preise von 75 Pf. pro Pfund. 4949

Pferdefleischverkauf.

Einschlus der Marke 3.
Beginn: Dienstag, den 15. Juli 1919.

Verkaufsstelle A, blaue Karten.	
Dienstag	Nr. 6621-7620 vorm. Nr. 7621-8620 nachm.
Mittwoch	8621-9620 " 9621-10620 "
Donnerstag	10621-11620 " 11621-12620 "
Verkaufsstelle B, grüne Karten.	
Dienstag	Nr. 4903-6060 vorm. Nr. 6061-7120 nachm.
Mittwoch	7121-8180 " 8181-9400 "
Verkaufsstelle C, gelbe Karten.	
Dienstag	Nr. 10238-11238 vor. Nr. 11239-12238 nach
Mittwoch	12239-13238 " 13239-14238 "
Donnerstag	14239-15238 " 15239-16238 "
Freitag	16239-17200 " 19701-21000 "
Verkaufsstelle D, ziegelrote Karten.	
Dienstag	Nr. 16746-18000 vor. Nr. 18001-19400 nach.
Mittwoch	19401-20750 " 20751-22100 "
Donnerstag	22101-23450 " 23451-24800 "
Freitag	24801-26150 " 26151-27500 "
Samstag	27501-28850 " 28851-30500 "
Verkaufsstelle E, graue Karten.	
Dienstag	Nr. 6681-7680 vorm. Nr. 7681-8680 nach.
Mittwoch	8681-9680 " 9681-10680 "
Donnerstag	10681-11680 " 11681-12200 "

Kopfmenge 125 Gramm Fleisch oder Wurst.
Karlsruhe, den 12. Juli 1919. 4922
Städt. Fleischamt.

Dehlfabrik Königsbach.

Täglich Verarbeitung von Reps.
Mahlscheine sind erforderlich. 4913

Der moderne Metallarbeiter

Verfasser: f. Dreher, Schlosser u. Maschinen-
bauer, 6. Aufl. 400 S., geb. m. 150 Abb. u. 21
Tabellen. Von Otto Schwann. Dieses Werk
legt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell u.
sicher die vornehmend. Berechnungen d. Räder an
Drehbänken z. Gewindeführungen vornehmen zu
können. Es enthält Festigkeitslehre, Stahl u. seine
Verwendung, Berechnung d. Tourenzahl, um son-
stige zu drehen, Umrechnung d. Zoll in Milli-
meter, Frühen v. Zahnradern, Kurven u. Spiralen.
Bestimm. der Räderkräfte u. vieles and. Wissens-
werte. Geg. Einl. v. M. 6.75 (Nachn. M. 6.90).
Edm. Hermann, Abt. 72, Berlin, Friedrichstr. 51.
(Vollst. 798). — Im selben Verlag erschien:
Kalkulation im Maschinenbau und moderne
Arbeitsmethoden. 288 S., 153 Abb. (Gegen-
einl. v. M. 6.75 (Nachn. M. 6.90). 4928